

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung gebührt. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben und anfertigen können zu jeder Zeit. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingelieferter Exemplare erfolgt nur, wenn Posta befreit.

Wagnispreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennig. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit besorgt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernrufbestellungen können Anzeigen abgenommen werden, jedoch ist die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben dem Besteller zu überlassen. Anzeigen werden nicht ohne vorherige Genehmigung des Verlegers angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 244. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 18. Oktober 1927

## Die Bedeutung der Braunkohle.

Deutschland ist ein Land, das verhältnismäßig arm ist an Rohstoffen. Der Verfallener Vertrag hat noch ein übriges und nahm uns in Oberschlesien und im Eisach einen großen Teil dieses geringen Bestandes. Was uns blieb, war Kali, Steinkohle, namentlich die Braunkohle. Aberall erheben sich in Mitteleuropa die Elektrizitätswerke, die Stahlfabrikation und sonstigen Werke, die ihren Brennstoffbedarf aus unmittelbarer Nähe decken können. Sichtlich wuchs die Bedeutung der Braunkohle nicht bloß als Heizmittel, sondern sie wurde „veredelt“, und gerade die Braunkohle ist es, die eine entscheidende Rolle in dem Kohleversorgungsverfahren spielen wird. Dort wird aus dem Rohprodukt, das die Kohle bisher geblieben ist, ein hochwertiges Fertigzeugnis, das unserer Gesamtkohlewirtschaft vielleicht eine ganz andere Richtung zu geben vermag.

Ein kleiner Hinweis mag illustrieren, welche gewaltigen Ausschüpfung die Braunkohlenförderung im Deutschen Reich genommen hat. Sie betrug im Jahre 1893 nur etwa 21 Millionen Tonnen; bis zum Jahre 1926 ist sie in ununterbrochenem Aufstiege bis zu einer Förderung von rund 140 Millionen Tonnen emporgetrieben worden. Verhältnismäßig noch stärker ist dabei die Steigerung der Bruttoleistung; sie hat sich seit dem Jahre 1897 sogar verdreifacht. Trotzdem wird durch diese Förderung immer noch nicht der deutsche Binnenbedarf selbst gedeckt, denn es wurden 1926 immer noch 2,5 Millionen Tonnen aus dem Ausland — in der Hauptsache aus der Tschechoslowakei — nach Deutschland eingeführt, während andererseits nur 1,3 Millionen Tonnen, allerdings Braunkohlenbriketts, ausgeführt werden konnten. Nicht vergessen werden darf dabei übrigens, daß das Deutsche Reich auch verpflichtet ist, eine gewaltige Menge von Braunkohlenbriketts auf Grund des Versailler Vertrages zu exportieren; so wurden 1926 über 500 000 Tonnen dieses Heizstoffes über Reparationskonten geliefert.

Die Braunkohlenindustrie, die sich 1925 ebenso wie die der Steinkohle in einer Abschwächung befand, hat unter dem Einfluß des englischen Bergarbeiterstreiks zwar keine Erhöhung der Förderung erfahren, wohl aber war es ihr möglich, die Bruttoleistung, die namentlich in Mitteleuropa einen großen Umfang angenommen hatten, abzubauen. Freilich ist es bisher nicht bei allen Leuten gelungen, die große Nationalisierungsbewegung, die durch den deutschen Bergbau geht, auch auf alle Braunkohlenbetriebe auszudehnen, so daß mancher Betrieb nur noch künstlich erhalten wird. Immerhin hat sich die Braunkohle vor allem in der Nachkriegszeit eine so überaus wichtige Stellung in der deutschen Wirtschaft errungen, daß die Folgen eines längeren Streiks sehr schwerwiegend sein müssen. Hierbei spielt die immer schneller vor sich gehende Umstellung auf elektrisches Gebiet eine besonders wichtige Rolle, und da sich die Elektrizitätsversorgung immer stärker in Großbetrieben zusammengefaßt hat, können die Folgen zu einer weitgehenden Störung des gesamten Wirtschaftsliebens führen. Es ist darum zu verstehen, daß sich der Reichstag, der ja jetzt zusammentritt, sehr eingehend mit diesem Kampf in der Braunkohlenindustrie befassen wird und beschließen muß, um einen Mittelweg zu finden, der zu einer Abwendung dieser schweren Folgen führt. Die Lage ist insofern eine eigentümliche, als nicht etwa nur seitens der Arbeitnehmer, sondern auch seitens der Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Schichtlöhne anerkannt wird; nur geht der Streit darum, wer die Kosten einer solchen Lohn-erhöhung tragen soll, ob der Handel oder die Erzeuger, d. h. letzten Endes der Verbraucher. Gerade dies aber soll vermieden werden, weil schon so mancher Streik zu allgemeinen Preissteigerungen vorliegt und hier nicht eine neue Veranlassung zu solchen gegeben werden soll. Gerade aber angesichts des bevorstehenden Winters mit seinem gesteigerten Brennstoffverbrauch wird auch die Kleinlebenshaltung durch die Entscheidung über den künftigen Braunkohlenpreis unmittelbar berührt.

## Frankreich und Deutschland.

Poincaré, Caillaux und Basch.

Bei der Einweihung eines Gefallenendenkmals in Car-le-Duc hielt der französische Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er wieder die Friedfertigkeit Frankreichs rühmte. Unsere Landleute, so sagte er, wünschen, daß der Status Europaeus, so wie ihn unsere Väter vorbereitet haben, ausgeführt wird und daß man sich bemüht, daß der kleinste Punkt, den man auf einen Punkt des Kontinents wirft, einen allgemeinen Brand entfacht, kann durch den sämtliche Verträge vernichtet werden. Gleichsam, als ob Deutschland noch keine Reparationen geleistet hätte, sprach Poincaré von Wunsch, daß die durch den Krieg verursachten Schäden in den Kampfgebieten endgültig wieder gutgemacht werden und daß Frankreich nicht länger die Lasten für diese Wiederherstellung zu tragen hat.

Im Gegensatz zu diesen Ausführungen wandte sich der bekannte linksstehende französische Politiker Caillaux gegen die Stimmen, die dauernd davon sprechen, daß eine Versöhnung mit Deutschland unmöglich sei. Ein Volk müsse rechtzeitig Opfer an seinem Prestige zu bringen wissen, denn die Geschichte lehre, daß ein Volk nur dann endgültig siegen könne, wenn es seinen Sieg selbst besiegelt habe.

## Der Streik der Bergarbeiter in Mittelddeutschland

### Die Krise im Braunkohlenbergbau.

Mit der beginnenden Woche ist der Streik der mitteldeutschen Braunkohlenbergleute in voller Wirkung zum Ausbruch gekommen. Sonntag fanden noch im Streikgebiet 120 Versammlungen der Arbeiter statt. Sie waren durchweg fast besucht, vielfach überfüllt. Die in allen Versammlungen beschlossene Arbeitsniederlegung ist überall erfolgt. In Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Nach den Meldungen aus den einzelnen Revieren bestätigt es sich, daß der Streik ziemlich geschlossen durchgeführt wird. Die Durchschnittsbeteiligung wird auf 80 bis 90 Prozent geschätzt. Auf manchen Gruben, namentlich im Zeitz-Altenburger Revier, haben die Belegschaften die Schachtanlagen nahezu vollständig verlassen. Auf der Grube Golpa, die das Bismarckrevier kraftvoll versorgt, streiken von 1000 Mann etwa 900. Die Kohlaufarbeiten werden durchgeführt.

Die Streikbewegung hat auch auf die Braunkohlengruben der Ober- und Niederlausitz übergegriffen. Auf verschiedenen Gruben sind die Bergarbeiter nicht zur Arbeit erschienen. Von der Gesamtbelegschaft in Stärke von rund 26 000 Mann stehen auf einzelnen Gruben 30 bis 40 Prozent im Streik.

Sollte der Streikparade im Laufe der Woche allgemein Folge geleistet werden, so würden auch die Großkraftwerke und die übrigen Industrien fast in Mitteleuropa gelähmt werden, da es unmöglich erscheint, die Großbetriebe mit technischer Rohstoffe und den in Mitteleuropa nicht erheblichen Arbeiterreserven in Gang zu halten, zumal das Deunawerke große Arbeitermassen an sich gezogen hat.

### Die Forderungen der Streikenden.

Seit längeren Wochen wurden Schlichtungsüberhandlungen geführt, die aber kein Resultat ergaben. Die Ursache des Scheiterns ist darin zu sehen, daß die Gewerkschaften erklärten, sie hätten an einem Schiedsspruch, der ihren Wünschen nicht voll gerecht würde, kein Interesse. Die Erfüllung der Arbeiterwünsche erklärte das Reichsarbeitsministerium für unmöglich, weil dies eine Kohlenpreiserhöhung unbedingt zur Folge haben würde. Die Forderungen der Arbeiter gehen dahin, den Schichtlohn von 5,20 Mark um 80 Pfennige zu erhöhen, also um 16 Prozent. Die Arbeitgeber erkennen die Notwendigkeit einer Lohnmehrung an, erklären aber, bei der jetzigen Lage der Bergindustrie von sich aus dazu nicht imstande zu sein.

Wiesbad wird darauf hingewiesen, die Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verkaufspreis an den Verbraucher sei zu hoch. Während der Abgabepreis an den Handel 1,05 Mark pro Zentner betrage, werde 3. V. der Zentner Braunkohle an den Konsumenten für 1,80 Mark verkauft. Es durch eine etwaige Ermäßigung dieser Spanne die Forderungen der Bergleute zu erfüllen wären, läßt sich kurzzeit nicht übersehen. Eine Erhöhung des Kohlenpreises beim letzten Verkauf erklärt der Reichswirtschaftsminister für nicht anständig.

### 60000 Ausständige.

Die Deunawerke haben der Belegschaft eine Lohnzulage in der gewünschten Höhe gewährt. Die Beteiligung am Streik in Mittelddeutschland ist außerordentlich stark. Nach den Feststellungen, die bis Montag mittags getroffen worden sind, sind auf den Gruben des Seiffertales 90 Prozent der Belegschaften in den Streik getreten, ebenso die Belegschaften des Obergöltzinger Reviers. Die Beteiligung an der Arbeitsniederlegung ist insofern bemerkenswert, als in diesen beiden Revieren die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände ziemlich stark vertreten sind. Es haben also auch die wirtschaftsfriedlichen Verbandsmittelglieder sich stark am Streik beteiligt. Im Helmstedter Revier ist die Arbeitsniederlegung vollständig, ebenso im Magdeburger Revier und in der Egolner Mulde. Von den Streikleitungen wird die Meinung vertreten, daß Deunawerke mit einer Arbeitsruhe im gesamten mitteldeutschen

Braunkohlenbergbau gerechnet werden muß. Man rechnet im allgemeinen mit einer Gesamtstreikzahl von 50- bis 60 000. Der Streik hat auch im Vitterfelder Braunkohlenrevier in vollem Umfange eingesetzt. Hinter den Streikenden stehen der Allgemeine Bergarbeiterverband, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, der Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, der Verband der Deutschen Metallarbeiter, der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und der Fabrikarbeiterverband, deren Beauftragte dem Streikbeschluss zustimmen.

### Die Stellung der Regierung.

Der Reichsarbeitsminister wartet zunächst genaue Nachrichten über die Ausdehnung des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks ab. Er ist dann bereit, neue Einigungsversuche einzuleiten. Die Lösung des Konflikts dürfte deshalb besonders schwierig sein, weil die Verhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sehr verschieden sind. Es gibt Werke mit Tiefbau und solche mit Tagebau. Infolgedessen sind auch die Gestehungskosten ganz verschieden. Während einzelne Werke mit guten wirtschaftlichen Ergebnissen arbeiten, gibt es eine ganze Anzahl anderer, die



Das Streikgebiet.

schon jetzt Unterbitanz haben. Das Reichswirtschaftsministerium hat auch die Frage der Preisspanne eingehend geprüft, ist aber zu dem Ergebnis gekommen, daß von dieser Seite eine Lösung nicht möglich ist.

Die Technische Rohstoffe wird, da sich der Streik über zwei preussische Provinzen erstreckt, nach den bestehenden Bestimmungen nur mit Genehmigung des preussischen Ministeriums des Innern eingesetzt.

### Entschließung der Ruhrbergleute.

In zahlreichen vom Deutschen Bergarbeiterverband einberufenen Revierkonferenzen im Ruhrgebiet nahmen die Bergarbeiter zu der Lage im Ruhrbergbau Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die geltende Lohnordnung bis Ende April nächsten Jahres läuft. Sollten die Arbeitgeber die Notwendigkeit einer zwischenzeitlichen Lohnmehrung nicht anerkennen, so müsse die nächste Möglichkeit zur Vertragslösung ins Auge gefaßt und mit verstärktem Nachdruck erneut die Forderung nach Lohnmehrung erhoben werden. — Es heißt, auch die Metallarbeiterverbände der nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, wollten am 15. November die Lohnmarke festsetzen.

### Die Streiklage im Magdeburger Bezirk.

Magdeburg. Im Magdeburger Bezirk liegen sämtliche Braunkohlenbergwerke. Die Salz- und Kaliwerke werden von dem Streik nicht betroffen. Die Kohlaufarbeiten werden verrichtet.

### Die Lage bei den braunschweigischen Kohlenbergwerken.

Helmstedt. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Kündigungen bei den braunschweigischen Kohlenbergwerken zu 80 bis 90 Prozent wieder zurückgezogen, doch ist die Arbeit nicht aufgenommen worden.

## Justizminister Dr. v. Sumetti über die Aufwertungsfrage.

Chemnitz, 17. Oktober. Im Oberfüllen Saale des Gasthauses „Zur Linde“ sprach am Sonnabend vor dem „Sparerschutzwortband und Inflationsgrundrundswoelfauserverband“ der sächsische Justizminister Dr. v. Sumetti. Vor dem eigentlichen Vortrag verlas der Vorstandsmitglied, Oberwirtschaftssekretär Hedrich, ein Schreiben an die diesjährige Hauptversammlung des Evangelischen Bundes, sich der Sache des Reiches in der Aufwertungsfrage anzunehmen. Dr. v. Sumetti führte darauf u. a. aus, daß die Inflation eine bewußte Wache bestimmter Wirtschaftskreise gewesen sei, und zwar mit der Begründung, daß die Inflation ein Beweis für unsere Unfähigkeit sei, unsere Kriegskosten zu tragen. Als dann mit einem Schlag die Inflation durch entsprechende Maßnahmen der Reichsregierung beseitigt war, erklärte man, wie seien nun innerlich schuldenfrei und somit fähig.